



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

### **Umweltdiktate nach Vorbild der USA beenden: Autoland statt Klimaphantasien!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen – insbesondere im Bundesrat – entschieden für die Aufhebung sämtlicher geplanter Verbote für den Verkauf und die Zulassung von Neufahrzeugen mit Verbrennungsmotoren einzusetzen. Dies betrifft vor allem das auf Bundes- und EU-Ebene vorgesehene Verbot für Neuzulassungen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ab 2035.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass die bestehenden CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für Fahrzeuge einer umfassenden Überprüfung unterzogen und so angepasst werden, dass wirtschaftliche Interessen der Automobilindustrie und der Verbraucher in Bayern gewahrt bleiben und gleichzeitig der Umweltschutz angemessen berücksichtigt wird.

#### **Begründung:**

Die Automobilindustrie ist für Bayern von essenzieller Bedeutung und bildet einen zentralen Pfeiler der Wirtschaft. Aktuelle Zahlen unterstreichen diese Bedeutung eindrucksvoll:

In Bayern sind rund 450 000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit der Automobilindustrie verbunden. Die Branche erwirtschaftet jährlich einen Umsatz von etwa 140 Mrd. Euro, was mehr als ein Drittel der gesamten Industrieumsätze im Freistaat ausmacht.

Fast zwei Drittel des Umsatzes der bayerischen Automobilindustrie werden durch Exporte erzielt, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Bedeutung der Branche hervorhebt. Neben den großen Herstellern wie Audi, BMW und MAN gibt es in Bayern rund 1 100 Unternehmen entlang der gesamten automobilen Wertschöpfungskette, darunter zahlreiche Zulieferer.

Die geplanten Verbote von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren und die strengen CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften stellen eine erhebliche Bedrohung für diese Schlüsselindustrie dar. Eine Studie prognostiziert, dass bis 2035 etwa 190 000 Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie wegfallen könnten, was auch Bayern massiv betreffen würde.

Zudem zeigen aktuelle Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika, dass eine Überprüfung und Anpassung von Emissionsvorschriften sowie die Aufhebung geplanter Verbote von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Verbraucher haben können. Die US-Umweltschutzbehörde EPA hat angekündigt, ihre Zuständigkeit für den Ausstoß von Treibhausgasen durch Autos abzuschaffen und bestehende Verbrauchsvorschriften aufzuheben.

Angesichts dieser Fakten ist es dringend geboten, die aktuellen und geplanten Regulierungen kritisch zu überprüfen und anzupassen. Bayern muss sich entschieden dafür einsetzen, ideologisch motivierte Verbote zurückzunehmen und einen pragmatischen

Weg zu wählen, der sowohl den Umweltschutz als auch die wirtschaftliche Prosperität und Wahlfreiheit der Menschen im Freistaat gewährleistet.